Kleine Anfrage

der Abg. Florian Wahl und Dr. Stefan Fulst-Blei SPD

und

Antwort

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Maßnahmenkatalog des Aktionsplans für Akzeptanz und gleiche Rechte im Bildungsbereich zügig umsetzen

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwiefern wurden die FAQs auf der Website des Zentrums für Lehrerbildung (ZSL) in den vergangenen Monaten hinsichtlich der Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes weiterentwickelt?
2. Inwiefern plant die Landesregierung über die FAQs hinausgehende Handreichungen unter anderem für Schulen zur Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes?
3. Mit welchen finanziellen und personellen Ressourcen z. B. in Form einer Abordnung oder von Anrechnungsstunden soll die unter 3.2 im Aktionsplan genannte Maßnahme „kontinuierliche bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Fortbildungsangeboten“ im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport umgesetzt werden?
4. Mit welchen finanziellen und personellen Ressourcen z. B. in Form einer Abordnung oder von Anrechnungsstunden wird das Zentrum für Lehrerbildung (ZSL) künftig ausgestattet, damit die unter 3.2 im Aktionsplan genannten Maßnahmen zielgerichtet umgesetzt werden können?
5. Inwiefern sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, die in Frage 3 und 4 benannten finanziellen Ressourcen zu verstetigen, um eine langfristige Verbesserung von Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte im Themenfeld LSBTIQ erzielen zu können?
6. Wie beurteilt die Landesregierung die Diskrepanz zwischen der im Aktionsplan unter 3.4 benannten Maßnahme der bedarfsorientierten Entwicklung von Unterstützungsmaterialien für Schulen und Unterricht mit den im Schulalltag tatsächlich vorhandenen Materialien?
7. Aus welchen Gründen wurde die Gründung eines Netzwerks zwischen Schulen im Rahmen des bundesweiten Antidiskriminierungsnetzwerks „Schule der Vielfalt“ nicht als Element des Aktionsplans in Betracht gezogen?

Eingegangen: 7.8.2025 / Ausgegeben: 3.9.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

8. Inwiefern wurden wie viele Meldefälle nach § 90 Schulgesetz an den Schulen in Baden-Württemberg an das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport weitergegeben und inwiefern wurden diesbezüglich Maßnahmen ergriffen, um künftige Vorfälle von Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität zu verhindern (bitte aufgeschlüsselt nach Zahl der Meldefälle im vergangenen Jahr)?
9. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um sicherzustellen, dass der Runde Tisch „Schule Queer gedacht“ regelhaft zusammenkommt?

6.8.2025

Wahl, Dr. Fulst-Blei SPD

Begründung

Ende Mai hat die Landesregierung den novellierten Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte mit zahlreichen Maßnahmen verabschiedet. Mit dieser Kleinen Anfrage soll in Erfahrung gebracht werden, wie diese Maßnahmen im Bildungsbereich umgesetzt werden und wie Kinder, Jugendliche, aber auch Lehrkräfte im Land ganz konkret unterstützt werden.

Antwort

Mit Schreiben vom 29. August 2025 Nr. KMZ-0141.5-21/107/2 beantwortet das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration die Kleine Anfrage wie folgt:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwiefern wurden die FAQs auf der Website des Zentrums für Lehrerbildung (ZSL) in den vergangenen Monaten hinsichtlich der Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes weiterentwickelt?

Am 1. November 2024 traten auf Bundesebene die Regelungen des Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG) in Kraft. Diese Regelungen werden in den FAQs auf der *Internetseite des Kultusministeriums zum Themenbereich LSBTIQ** etwa bei der Frage nach dem Namen abgebildet, der bei nichtbinären Personen, Inter- oder Transpersonen in Klassenlisten und Zeugnissen genutzt werden kann. Der entsprechende Antwortbaustein weist auf den Anspruch auf Neuausstellung von Zeugnissen aus § 10 Absatz 2 Nummer 1 SBGG hin: Für Personen, die ihren Wunschnamen nach dem SBGG im Personenstandsregister haben eintragen lassen, wird ein neues Zeugnis mit diesem Namen ausgestellt. Das bisherige Zeugnis wird eingezogen.

Das Kultusministerium hat die Neuregelung des Anspruchs auf Neuausstellung von Zeugnissen bei geändertem Geschlechtseintrag und geänderten Vornamen im SBGG zum Anlass genommen, seine bisherige Verwaltungspraxis anzupassen. Die zu ändernden Zeugnisse werden zukünftig mit dem Datum der Erstausstellung auf den „neuen“ Vornamen neu ausgestellt und nicht als „Zweitschriften“ oder „Ersatzzeugnisse“ gekennzeichnet. Das Ausstellungsdatum auf dem Zeugnis bleibt damit unverändert. Das neu ausgestellte Zeugnis wird von der aktuellen Schulleiterin bzw. dem aktuellen Schulleiter unterzeichnet. Die Neuausstellung des Zeugnisses erfolgt durch die Schule, die für die Erteilung der Urschrift zuständig war. Die öffentlichen und privaten allgemein bildenden und beruflichen Schulen in Baden-Württemberg wurden am 28. Mai 2025 über das Servicecenter Schulverwaltung im Einzelnen über die angepasste Vorgehensweise informiert. Diese Vorgehensweise wird im neuen Schuljahr auch entsprechend in den FAQ dargestellt werden.

2. Inwiefern plant die Landesregierung über die FAQs hinausgehende Handreichungen unter anderem für Schulen zur Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes?

Schulleitungen und Lehrkräfte finden auf den Internetseiten des Kultusministeriums eine FAQ-Sammlung mit grundlegenden Informationen zu pädagogischen, fachlichen und rechtlichen Aspekten. Über eine dort eingebundene Verlinkung zum Landesbildungsserver stehen zudem weiterführende Hinweise zu Informations- und Unterstützungsangeboten im Themenfeld LSBTIQ* zur Verfügung. Die Inhalte werden kontinuierlich aktualisiert und bedarfsorientiert erweitert. Durch dieses digitale Angebot kann deutlich schneller und flexibler auf bestehende sowie neue Informationsbedarfe reagiert werden als durch klassische Printformate. Aus diesem Grund sind derzeit keine Ergänzungen zur bereits vorliegenden Handreichung „Alle Farben im Blick“ geplant.

3. Mit welchen finanziellen und personellen Ressourcen z. B. in Form einer Abordnung oder von Anrechnungsstunden soll die unter 3.2 im Aktionsplan genannte Maßnahme „kontinuierliche bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Fortbildungsangeboten“ im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport umgesetzt werden?

4. Mit welchen finanziellen und personellen Ressourcen z. B. in Form einer Abordnung oder von Anrechnungsstunden wird das Zentrum für Lehrerbildung (ZSL) künftig ausgestattet, damit die unter 3.2 im Aktionsplan genannten Maßnahmen zielgerichtet umgesetzt werden können?

5. Inwiefern sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, die in Frage 3 und 4 benannten finanziellen Ressourcen zu verstetigen, um eine langfristige Verbesserung von Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte im Themenfeld LSBTIQ erzielen zu können?

Die Fragen 3, 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Umsetzung der genannten Maßnahme im Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg 2025“ ist Bestandteil der Aufgaben der Expertenteams für die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ (BTV) an den Regionalstellen des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL). Aufgrund inhaltlicher Schnittmengen werden auch Mitglieder der Expertenteams für Demokratiebildung in die Konzeption und Durchführung entsprechender Fortbildungsangebote im Themenfeld LSBTIQ* einbezogen. Auf diese Weise wird eine enge Verzahnung beider Themenbereiche sowie eine systematische Qualitätsentwicklung gewährleistet.

Für die Steuerung und Koordinierung der Unterstützungsangebote zur Leitperspektive BTV und zum Leitfadens Demokratiebildung wurden dem ZSL durch das Kultusministerium für das Schuljahr 2024/2025 insgesamt 1,3 Vollzeitstellen im Rahmen von Abordnungen sowie 62 Anrechnungsstunden zur Verfügung gestellt. Diese konstant hohe Regelressource ermöglicht eine verlässliche landesweite Steuerung und kontinuierliche Umsetzung der vielfältigen Maßnahmen. Darüber hinaus erhielten die Regionalstellen des ZSL ein Paket von weiteren 80 Anrechnungsstunden, das flexibel auf die Leitperspektiven BTV, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), Verbraucherbildung sowie auf die Umsetzung des Leitfadens Demokratiebildung verteilt werden kann. Die strategische Schichtung der Personalressourcen innerhalb der regionalen Expertenteams für BTV und Demokratiebildung erfolgt in enger Abstimmung mit der Zentrale des ZSL und zielt darauf ab, Fortbildungsangebote in Umfang und Ausrichtung flexibel auf aktuelle Bedarfen im Themenfeld LSBTIQ* abzustimmen.

Ergänzend dazu stellt das Kultusministerium über Kapitel 0436 Titelgruppe 68 sowie durch projektbezogene Zuwendungen – etwa für die Durchführung landesweiter Fachtage – weitere finanzielle Mittel bereit. Damit wird sichergestellt, dass alle geplanten Fortbildungen stattfinden und kontinuierlich im Rahmen der jeweils verfügbaren Ressourcen weiterentwickelt werden können.

6. *Wie beurteilt die Landesregierung die Diskrepanz zwischen der im Aktionsplan unter 3.4 benannten Maßnahme der bedarfsorientierten Entwicklung von Unterstützungsmaterialien für Schulen und Unterricht mit den im Schulalltag tatsächlich vorhandenen Materialien?*

Mit der Maßnahme 3.4 des Aktionsplans „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg 2025“ erklärt das Kultusministerium seine Bereitschaft, die Entwicklung von Informations- und Unterrichtsmaterialien zu beauftragen – sofern bestehende Lehrwerke von Schulbuchverlagen oder andere verfügbare Angebote, etwa der Bundeszentrale für politische Bildung, keine sensible und pädagogisch angemessene Vermittlung der Bildungsplaninhalte ermöglichen. Aktuell sieht das Kultusministerium keinen entsprechenden Handlungsbedarf, da bislang weder inhaltliche Lücken festgestellt noch konkrete, differenzierte Hinweise auf unzureichende Materialien an das Ministerium herangetragen wurden.

7. *Aus welchen Gründen wurde die Gründung eines Netzwerks zwischen Schulen im Rahmen des bundesweiten Antidiskriminierungsnetzwerks „Schule der Vielfalt“ nicht als Element des Aktionsplans in Betracht gezogen?*

Das Maßnahmenbündel des Kultusministeriums und des ZSL zum Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg 2025“ zielt insbesondere darauf ab, bestehende Ansätze im Bereich der schulischen Antidiskriminierungsarbeit systematisch zu stärken und in die Breite der Schullandschaft zu tragen – u. a. durch die Verstärkung der Zusammenarbeit mit vorhandenen Netzwerken und zivilgesellschaftlichen Akteuren. In Baden-Württemberg bestehen zudem bereits etablierte schulische Netzwerke mit ähnlicher Zielsetzung, darunter das vom ZSL koordinierte Schulnetzwerk „Demokratie und Werte (er)leben“. Vor diesem Hintergrund wurde davon abgesehen, weitere Netzwerke aufzubauen, deren Betreuung und Begleitung mit dem Einsatz erheblicher Ressourcen verbunden ist.

8. *Inwiefern wurden wie viele Meldefälle nach § 90 Schulgesetz an den Schulen in Baden-Württemberg an das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport weitergegeben und inwiefern wurden diesbezüglich Maßnahmen ergriffen, um künftige Vorfälle von Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität zu verhindern (bitte aufgeschlüsselt nach Zahl der Meldefälle im vergangenen Jahr)?*

Dem Kultusministerium wurden 89 Vorfälle gemeldet, die das Kalenderjahr 2024 betreffen und der Meldepflicht unterfallen. Hiervon hatten 17 einen Bezug zur geschlechtlichen oder sexuellen Identität. In hiervon sieben Fällen kam es zu einem Ausschluss vom Unterricht oder aus der Schule, in sechs Fällen wurde andere Maßnahmen nach § 90 Schulgesetz verhängt, zwei Fälle wurden den Strafverfolgungsbehörden übergeben. In zwei Fällen wurden keine Mitteilungen zur Art der Sanktionen gemacht.

9. *Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um sicherzustellen, dass der Runde Tisch „Schule Queer gedacht“ regelhaft zusammenkommt?*

Der Runde Tisch „Schule queer gedacht“ ist für das Kultusministerium ein wichtiges Forum, um die Expertise von Interessenvertretungen, Fortbildungseinrichtungen, der Schulaufsicht und Gremienvertretungen bei der Weiterentwicklung des Themenbereichs einzubeziehen und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Die regelmäßige Durchführung des Runden Tisches wurde deshalb in den Maßnahmenkatalog des Kultusministeriums für den Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg 2025“ aufgenommen.

Schopper

Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport